

Dr. Maria Berger

Eröffnungsrede Festspiele Erl 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Dr. Haselsteiner

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Meinel-Reisinger

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Bischof Glettler!

Sehr geehrte Landeshauptleute aD

Liebe Maria Fekter,

Sehr geehrter Herr Cernko

Sehr geehrte Festspielgäste!

Hier in Erl, in diesem wunderschönen Festspielhaus, spielt die Musik, und zwar von Ihrer schönsten und anspruchsvollsten Seite. Aber wie ist es mit Europa? Spielt dort noch die Musik? Und vor allem: Was müsste getan werden, damit auch in Europa die Musik wieder harmonischer und lauter spielt? So habe ich die Einladung von Herrn Dr. Haselsteiner verstanden, eine

Einladung, die ich sehr gerne angenommen habe und für die ich mich bedanke. Zu Ihrer Entspannung möchte ich gleich eingangs ankündigen, dass ich nicht allzu viel Juristisches eingebaut habe und auch keine Fussballmetaphern verwenden werde.

Zum Auftakt will ich Ihnen 2 transatlantische Stimmen zur Zukunft Europas wiedergeben, die eine spannende Dissonanz aufbauen. So meinte der Kanadische Premierminister Marc Carney beim Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Erewan im Mai dieses Jahres, dass er dankbar sei für den Platz am Tisch der Europäer. Es bilde sich jetzt eine neue Weltordnung heraus und diese neue Weltordnung wird von Europa aus entstehen wird. Der Herrscher des Königreichs südlich von Kanada, ist hingegen der Meinung, dass die europäische Zivilisation dem Untergang geweiht sei. Schuld daran sei die Europäische Union, die im Übrigen nur gegründet wurde, um den USA zu schaden.

Beiden Aussagen ist gemeinsam, dass sie wohl ein gewisses Ausmaß an Wunschdenken enthalten. Aber wie schauen die Fakten aus, die eine der Versionen wahrscheinlicher machen als die andere? Vor allem aber auch: was muss geschehen, dass wir

uns der kanadischen Utopie annähern und nicht der US-amerikanischen Dystopie?

Zunächst zur demographischen und wirtschaftlichen Ausgangslage. Die Europäische Union bildet einen Binnenmarkt mit 450 Millionen Menschen, allerdings mit einer rasch alternden und nur geringfügig wachsenden Bevölkerung. Die USA umfassen rund 100 Millionen Menschen weniger und ihre Bevölkerung wächst ebenfalls nur schwach und wie in Europa nur dank Migration. Russland und China sind bereits mit schrumpfenden Bevölkerungen konfrontiert. In Russland gibt es nicht nur traditionell eine sehr hohe Übersterblichkeit bei Männern, es werden die im Krieg gegen die Ukraine umgekommenen oder verletzten jungen Männer die Erwerbsbevölkerung weiter dezimieren.

Bei den klassischen wirtschaftlichen Kennzahlen fällt die Europäische Union deutlich hinter die USA und China zurück, wobei vor allem das geringere Produktivitätswachstum Sorgen bereitet.

Von vielen wird ein Ausgleich für diesen Rückstand in der besonderen Europäischen Lebensweise gesehen. Was zeichnet nun diesen „European way of life“ aus? Eine in Bezug auf zu europafreundliche Algorithmen unverdächtige Quelle, nämlich

die KI aus dem Reich von Elon Musk, beschreibt den European way of life folgendermaßen: Ein Lebensstil, der auf den Werten der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats, der Solidarität und der Menschenrechte beruht. Sozialstaatliche Modelle garantieren einen hohen Lebensstandard und Lebensqualität nicht nur für einige wenige, die Bürgerinnen haben die Möglichkeit, unionsweit zu reisen, zu leben, zu arbeiten und zu studieren, es herrscht kulturelle Vielfalt bei gleichzeitigem Bekenntnis zu gemeinsamen humanistischen und aufklärerischen Traditionen, und die Staaten sichern Schutz vor Bedrohungen aller Art.

Diese Beschreibung der Europäischen Lebensweise findet ihre Bestätigung in vielen Vergleichen und Rankings. Von der Kriminalitätsrate bis zu Faktoren des Lebensstandards unterstützen auch die Daten und Fakten diese europäischen Besonderheiten. Im Ranking der Staaten mit den glücklichsten Menschen liegen fast alle europäischen Staaten auf den vorderen Plätzen, die USA auf Platz 15, China auf Platz 64 und Russland auf Platz 70. Dieser Glücksindex korreliert auffällig mit dem Demokratieindex, der die Kriterien Demokratie und Rechtstaatlichkeit bewertet. In einer Welt, in der nur mehr 15% der Weltbevölkerung in vollentwickelten Demokratien leben,

sind es wiederum die europäischen Staaten, die hier die vorderen Plätze belegen. Deutschland findet sich auf Platz 13, Österreich auf Platz 19. Die besten nicht europäischen Staaten in diesem Ranking sind Neuseeland, Australien, Taiwan und Kanada. Die USA schaffen es gerade noch auf Platz 28. Russland und China finden sich unter den 25 schlechtesten Staaten.

Europa kann im internationalen Wettbewerb also durchaus eine beträchtliche Marktmacht und auch soft power auf die Waagschale legen. Aber warum gelingt es der EU nicht, sich im globalen Wettbewerb besser durchzusetzen? Manche sprechen sogar von der tiefsten Krise der EU seit ihrer Gründung, manchmal wenigstens mit dem tröstenden Zusatz, dass die EU aus Krisen immer gelernt habe und daraus stärker hervorgegangen ist. Unsere heutige Zeit wurde vom italienischen Politologen Giuliano da Empoli als Stunde der Raubtiere charakterisiert. In den Klauen der Raubtiere wird alles zur Waffe: Zölle, Energieversorgung, Flüchtlingsströme, Hunger, Schlüsseltechnologien, Rohstoffe, Einreisebestimmungen, der Rückzug aus internationalen Organisationen. Die Achtung des Rechts ist nur mehr eine Option, für seine Verletzung werden nicht einmal mehr

Rechtfertigungsversuche vorgebracht. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen alle daran geglaubt haben, dass durch friedliche Handelsbeziehungen und wechselseitige Abhängigkeiten ein Beitrag zu einer friedlichen Welt geleistet werden kann. Wenn ursprünglich friedliche Handelsbeziehungen plötzlich zur Waffe werden, reicht bloße Marktmacht nicht mehr aus, um dagegenzuhalten. Jede Abhängigkeit wird zur Schlinge um den Hals, die es verhindert, dass Marktmacht und soft power, konsequent ausgespielt werden können. Da solche Abhängigkeiten von den Raubtieren brutal ausgenutzt werden, müsste auf europäischer Ebene alles getan werden, um hier den Kopf aus den vielfachen Schlingen zu bekommen. Oder zumindest den Sitz der Schlingen etwas zu lockern.

Ich hoffe, ich begehe kein Sakrileg, wenn ich in diesen heil'gen Hallen eine Anleihe bei Peter Maffay nehme und im Folgenden den Handlungsbedarf der Europäischen Union auf 7 Brücken verteile.

Die erste Brücke und jene mit der größten Traglast müsste Teil einer massiven, autonomen gesamteuropäischen Verteidigungsanlage sein. Die Bedrohungen werden mit jedem Tag größer und konkreter und die Verlässlichkeit des

mächtigsten Mitglieds des westlichen Verteidigungsbündnisses mit jedem Tag geringer und unberechenbarer. Was zu tun wäre, liegt seit langem klar auf dem Tisch. Bei den konventionellen, militärischen Fähigkeiten, - rechnet man den Bestand der einzelnen europäischen Staaten zusammen - ist die Ausgangslage rein zahlenmäßig nicht so schlecht. Es mangelt aber an der Kompatibilität der Systeme, an gemeinsamen europäischen, autonomen Aufklärungsmöglichkeiten und sonstigen Fähigkeiten der modernen Verteidigung. Selbst einer militärischen Laiin wie mir, kommt es seltsam vor, wenn beim Eindringen russischer Drohnen in den europäischen Luftraum Kampffjets zum Einsatz kommen müssen. Es braucht ein europäisches Oberkommando und mehr europäische Rüstungsproduktion und vor allem eine gemeinsame Beschaffungspolitik. Einiges ist da auf dem Weg, vieles fehlt noch. Eine Europäische Verteidigungsunion kann auf der Basis der EU-Verträge und der darin vorgesehenen Beistandsverpflichtung aufgebaut werden, oder in einem separaten Vertrag. Letzteres hätte den Vorteil, dass auch Nichtmitglieder der Europäischen Union, wie die Ukraine, Kanada und Norwegen dabei sein könnten. Manche bevorzugen eine Verselbständigung des Nicht US Teils der Nato. Jede dieser drei Lösungen hat ihre Vor- und Nachteile, jede erfordert

aber von allen europäischen Staaten ein beträchtliches finanzielles Engagement. Mehr europäische Souveränität und Unabhängigkeit erfordert aber auch einen beträchtlichen Verzicht auf kleinliches, nationalstaatliches Denken. Wohin dieses führt, konnten wir ja bei der peinlichen Geschichte um das französisch-deutsche Kampfjet Projekt beobachten. In Österreich werden wir uns nicht weiter um die Frage herumschwindeln können, ob ein traditionelles Neutralitätsverständnis und ein laut Experten nicht verteidigungsfähiges Bundesheer die einzigen Antworten auf die heutigen Bedrohungen unserer Sicherheit bleiben können. Wir sollten uns auch nicht weiter um die Frage herumschwindeln, wie wir gedenken, unserer Beistandsverpflichtung nach dem EU-Vertrag (Art 42 Abs 7) nachzukommen. Für ihre Bemühungen in diese Richtung möchte ich der Frau Bundesministerin Dr. Meisl-Reisinger viel Erfolg wünschen.

Ebenfalls von besonderer strategischer Bedeutung, ist die zweite Brücke, nämlich die, die zur Erweiterung der Union und zur Ausweitung der globalen Partnerschaften führen soll. Die Europäische Union hat wesentlich bessere Chancen, sich auf friedliche Art und Weise zu erweitern, sie muss im Unterschied

zu anderen, keine gewaltsamen, völkerrechtswidrigen Entführungen und Annexionen anwenden. Die Liste der Beitrittskandidaten ist lang, eine Rückkehr des Vereinigten Königreichs scheint nicht ganz ausgeschlossen, ebenso der Beitritt der Ukraine. Auch wenn es sich um ein kleines Land handelt, wäre auch Island eine Bereicherung und Abrundung. Es sollte auch nicht nur ein nettes Gedankenspiel bleiben, dass Kanada der EU beitreten könnte. Kanada sieht sich selbst als das europäischste aller nicht europäischen Länder und hat heuer den Europatag mindestens so enthusiastisch gefeiert wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es wäre daher wohl wert darüber nachzudenken, die Beitrittsbedingungen der EU so zu ändern, dass die Zugehörigkeit zu Europa ausschließlich kulturell abgegrenzt wird, dass der European way of life entscheidend ist für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, und nicht so wie jetzt die Zufälligkeiten der Geographie. Wenn wir verhindern wollen, dass sich andere Mächte in unserer Nachbarschaft noch mehr ausbreiten und unser höchstes Gut als Europäische Union, nämlich Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, ramponiert wird, sollte insb. die Erweiterung um Staaten des Westbalkans nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Dort wo eine Mitgliedschaft nicht

oder noch nicht in Frage kommt, sind möglichst enge Partnerschaften anzustreben.

Durch die bereits bestehenden oder in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen insbesondere mit Japan, Indien, Indonesien, Australien, den lateinamerikanischen Staaten, Kanada und den Staaten des Mittelmeerraums wird die EU demnächst im Zentrum eines weltweiten Freihandelsnetzes stehen, das sich mit dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen diametral der Trumpschen Handelspolitik entgegenstellt. An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass eine stark exportorientierte, kleine Volkswirtschaft wie die österreichische den Zugang zum globalen Markt zu ausgewogenen Bedingungen nur über die Verhandlungsmacht der EU erlangt, und nicht als Festung Österreich, wie sie von manchen propagiert wird.

Nach all den Erfahrungen der letzten Jahre sollte aber jede Erweiterung mit einer Vertiefung der Europäischen Union Hand in Hand gehen. Ein neuerlicher Europäischer Verfassungskonvent sollte die Brücke schlagen zu einer verbesserten Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, das wäre dann die dritte Brücke. Europa könnte ein mächtiger global player und nicht nur eine soft power sein, könnte es in

der Welt mit einer Stimme auftreten. Im Zentrum der Reformbestrebungen müssten daher folgende Themen stehen: Die Zurückdrängung des Einstimmigkeitsprinzips insb. in der Außen- und Sicherheitspolitik, eine einheitliche Vertretung der Union nach außen und bessere Handhaben gegen Mitgliedstaaten, die sich nicht an demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien halten, das sollte bis zum Ausschluss aus der Union gehen können. Eine modernisierte Grundrechtecharta müsste auf die Bedrohungen durch KI Systeme reagieren und zB ein Recht, nicht manipuliert zu werden, vorsehen. Als eine, die praktisch ihr gesamtes Berufsleben mit dem Recht der Europäischen Union zu tun hatte, weiß ich natürlich, wie schwierig eine solche Reform ist, ua weil sie ja wiederum die Zustimmung aller Mitgliedstaaten, braucht. Als eine, die am ersten europäischen Verfassungskonvent teilnehmen durfte, weiß ich aber auch, dass ein solcher Konvent eine Dynamik entwickeln kann, die Ergebnisse ermöglicht, die vorher als illusionär gegolten haben. Zur guten Dynamik eines solchen Konvents könnte vielleicht auch die Musik beitragen. Wir alle, die wir gerne Musik hören, sind ja von der Macht der Musik überzeugt. Die Macht der Musik und ihre Kraft, unser Leben glücklicher und unsere Gesellschaft gerechter zu machen, wurde zuletzt von Ulrich

Fichtner im gleichnamigen Buch ausführlich belegt. Die Teilnehmer eines solchen Konvents sollten daher zum Musikhören eingeladen werden, angeblich – und ich meine das jetzt nicht despektierlich geben bei guter Musik auch Kühe mehr Milch.

Was viertens zu überbrücken ist, ist die mittlerweile riesige Lücke in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Union. Der frühere EZB-Präsident Mario Draghi hat in seinem 2024 vorgelegten Bericht mit dramatischen Vergleichen aufgezeigt, wie stark die Europäische Union in der Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber den USA und China zurückgefallen ist. In Europa wird zu wenig investiert, die Energiepreise sind zu hoch, die Produktivität stagniert. Um hier wieder Schritt halten zu können, bedürfte es jährlicher Investitionen in der Höhe von nicht weniger als 800 Milliarden Euro. Dieser Finanzierungsbedarf müsste von öffentlichen und privaten Investoren gestemmt werden. Ein großer Anteil müsste von der Europäischen Union getragen werden, die notwendigen Summen sind aber durch das reguläre Budget der Union nicht darstellbar, das zeigt auch der ambitionierte Kommissionsentwurf für den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2028-2034. Dieser Entwurf, den die Mitgliedstaaten aber gerade wieder verwässern, sieht über 7 Jahre 400 Milliarden für

die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit vor. Das sind rund 7% dessen, was der Draghi Bericht für notwendig erachtet. Der einzige Ausweg wäre, dass die Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland und Österreich es endlich erlauben, dass die Union oder die Eurozone Anleihen begeben darf. Nur durch solche Eurobonds wäre es möglich, die riesige europäische Investitionslücke zu schließen und europäisches Investitionskapital, das derzeit in US-Anleihen geht, in Europa zu halten oder wieder zurückzubringen. Mangels großflächiger Anlagemöglichkeiten in Europa finanziert europäisches Kapital im Ausmaß von jährlich 300 Milliarden Euro die derzeit rasant steigenden US-Schulden und auch amerikanische Unternehmen. Großanleger wollen sich nicht durch 27 nationalstaatliche Anleihen mit unterschiedlichen Konditionen wühlen. Auch in den USA und in China sind es enorme öffentliche Investitionen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften gestützt wird. Alles, was für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit außer Kapital sonst noch notwendig ist, ist in Europa in reichem Maße vorhanden: exzellente Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, eine gut ausgebildete Facharbeiterschaft, ein großer Binnenmarkt mit einem Regulierungsumfeld, das für eine nachhaltige Akzeptanz innovativer Produkte und

Dienstleistungen sorgt und der Zugang zu einem weltumspannenden Freihandelsnetz. Woran es noch fehlt, ist eine Forschungs- und Unternehmensförderung, die nicht zur Gießkanne greift, sondern die gezielt einige Pflänzchen bewässert. Das sollten jedenfalls die Pflänzchen sein, die zur digitalen Souveränität, zur intelligenten Anwendung der Schlüsseltechnologien von heute und zur Entwicklung der Schlüsseltechnologien von morgen und übermorgen führen. Die vielen europäischen hidden champions sollen so zu global champions heranwachsen können.

Die Schlüsseltechnologie von heute kann ja wohl noch nicht die ultimative Lösung sein. Um es mit Hannes Androsch, dem früheren österreichischen Finanzminister und späteren Unternehmer zu sagen: die künstliche Intelligenz ist weder künstlich noch intelligent. Auch wenn sie sich oft schon der menschlichen Kontrolle entzieht, ist sie menschengemacht und kann nur von Menschen in intelligente und nützliche Anwendungen gebracht werden. Der enorme Ressourcenverbrauch und die schädlichen Auswirkungen auf Demokratie, Grundrechte und sozialen Zusammenhalt stehen in noch keinem günstigen Verhältnis zum Nutzen.

Parallel zu dieser vierten Brücke muss eine weitere Brücke zu einer Verbesserung oder Vollendung des europäischen Binnenmarktes geschlagen werden. Es gibt immer noch keinen funktionierenden europäischen Kapitalmarkt und noch zu viele Hindernisse für die anderen Freiheiten des Binnenmarkts, insbesondere bei den Dienstleistungen.

Die europäische Union wird aber nicht nur ihr eigenes Haus krisensicherer machen müssen. Der Tag wird kommen, an dem der weltweite Kriegslärm wieder verflogen und das Surren der Kampfdrohnen verstummt ist. Es wird nur die Europäische Union sein können, die ab diesem Tag den Aufbau einer friedlichen, globalen Nachkriegsordnung in die Hand nehmen kann. Die Europäischen Union selbst ist aus den Trümmern der Weltkriege entstanden, ist durch Krisen gewachsen und konnte auch den östlichen Teilen Europas einen friedlichen Hafen bieten. In Europa sind die wichtigsten Instrumente zur Sicherung und Ausbau von Demokratie und Rechtsstaat entstanden. Die Europäische Union hat sich selbst immer als Rechtsgemeinschaft verstanden, in der ein fairer Ausgleich zwischen größeren und kleinen Staaten stattfinden kann. Sie hat auch in den Krisen der letzten Jahre das Völkerrecht hochgehalten, und das auch dann, wenn das für einzelne

ationale Regierungschefs zu komplex war. Nach der Stunde der Raubtiere wird wieder die Stunde des Rechts, insbesondere des vielgeschundenen Völkerrechts kommen. In diese Richtung soll die sechste Brücke führen und damit die Erwartungen des kanadischen Premierministers an Europa erfüllen.

Brücke Nr. Sieben soll die europäische Lebensweise verteidigen und ausbauen. Diese braucht eine stabile Finanzierung, die nur durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit Europas langfristig gesichert werden kann. Sowohl Russland als auch die gegenwärtige Regierung der USA führen gemeinsam mit ihren europäischen Komplizen und Wegwerfagenten auch einen Kulturkampf gegen diese europäische Lebensweise. Zur Verteidigung der europäischen Lebensweise wird es auch gehören, dass wir die KI nicht in alle Lebensbereiche eindringen lassen, auch wenn dies zu Effizienzverlusten führt. Diese sollten in Kauf genommen werden, um nicht Demokratie und Sozialstaat zu gefährden. Eine OECD-Studie zu „Bildung im Digitalzeitalter“ kommt überdies zu dem Ergebnis, dass es Methoden braucht um soziale Fähigkeiten wie Kommunikation, Kooperation, Aufmerksamkeit und Kreativität zu fördern. Sie empfiehlt dafür ausdrücklich das Erlernen und Ausüben von Musik. Also Tanzen, Singen und Musizieren als Mittel nicht nur gegen

Demenz im Alter, sondern auch gegen Demenz in der Jugend. Auch für diesen Kulturkampf muss Europa sich besser rüsten und so etwas wie eine geistige Landesverteidigung entwickeln. Dafür sind aber nicht nur die Institutionen der EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten gefordert, sondern auch wir Bürgerinnen und Bürger. Unsere europäische Lebensweise muss von uns allen verteidigt werden und sollte das eine oder andere kleine Opfer wert sein.

Ich kann Ihnen jetzt für Ihre Aufmerksamkeit danken und mit dem vollständigen Zitat von Peter Maffay abschließen:

Über 7 Brücken musst Du gehen, 7 dunkle Jahre Überstehn,
mal wirst Du Asche sein, aber einmal auch der helle Schein.